

## Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 aus Sicht der Jugendforschung

Mirja Lange • Erich Sass

»Durch politische Partizipation nehmen junge Menschen Einfluss auf die Entwicklung des Gemeinwesens und erwerben darüber hinaus politische und soziale Kompetenzen, die eine grundlegende Voraussetzung für die vollständige Teilhabe an modernen Gesellschaften, nicht nur im politischen Bereich, darstellen.« (BMFSFJ 2013, S.227).

In der Debatte um politische Partizipation und Beteiligung von Heranwachsenden sind die Erwartungen an das Web 2.0 hoch. Als »interaktives Mitmachmedium« (Sarcinelli 2012, S. 305) soll es die politische Diskussionskultur und Partizipation fördern und das bürgerliche Engagement stärken (vgl. Gaiser et al. 2013, Wolling 2009). Mit der Verbreitung der internet-gestützten sozialen Medien sind die technischen Voraussetzungen, aus der Rezipientenrolle herauszutreten und selbst zu Produzent(inn)en von Medieninhalten zu werden, radikal ver-einfacht und erweitert worden. Eigene Videos, Musik oder Textformate zu produzieren und zu verbreiten, erfordert keine großen technischen und handwerklichen Kenntnisse mehr. Der große Erfolg der Kommunikationsplattformen, wie YouTube, Facebook, Instagram, WhatsApp und Co. zeugt davon. Viel stärker als in den adoleszenten Gruppen und Jugendkulturen der »Vor-Internet-Zeit« haben Heranwachsende damit heute die Möglichkeit, eigene Gedanken, Meinungen und Produkte medial zu verbreiten. Aus wissenschaftlicher Sicht stellt sich hier allerdings die Frage, ob es sich hier um reine interpersonale bzw. Peer-To-Peer-Kommunikation handelt oder bereits um eine Form der politischen Partizipation. Mit dem Web 2.0 ist zwar ein Ermöglichungsraum entstanden, der Chancen gesellschaftlicher und politischer Partizipation bietet, »wie sie in traditionellen Formen der Partizipation nur schwer umzusetzen waren« (Begemann et al. 2011, S. 141), ob diese Möglichkeiten von Heranwachsenden aber auch genutzt werden, bleibt fraglich. So ist das Web 2.0 nach Befunden der neuesten Jim-Studie noch kein echtes »Mitmachmedium« und Jugendliche beteiligen immer noch eher selten aktiv im Internet (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2014, S. 30).

In den aktuelleren Studien finden sich mit Blick auf die Internetnutzung und das Engagementverhalten Jugendlicher mindestens drei zentrale Hinweise:

- *Die Aktivität im Internet kann Heranwachsenden den Weg zu klassischen Formen des Engagements öffnen.* So zeigen Hensel et al. in einer qualitativen Studie, dass die Generation der »Digital Natives« von der Aktivität im Internet, welche zunächst ihre wesentliche Form des politischen Engagements bildet, schrittweise auch den Weg zu konventionellen Formen des Engagements finden (vgl. Hensel et al. 2013).

- *Das Internet wird von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für das klassische Engagement genutzt. So verweist der Freiwilligensurvey darauf, dass 60% der 14- bis 19-Jährigen und 70% der 20- bis 24-Jährigen das Internet für ihr freiwilliges Engagement nutzen (vgl. Gensicke et al. 2010, vgl. auch Begemann et al. 2011, Lange/Wehmeyer 2014).*
- *Die Bereitschaft zum traditionellen freiwilligen Engagement sinkt bei Jugendlichen durch die zunehmende Internetnutzung nicht. Diese Befürchtung kann nach Befunden einer Studie von Begemann et al. abgewiesen werden. Die Autoren der Studie resümieren: Die verstärkte Internetnutzung Jugendlicher hat keinen negativen Einfluss auf ihre Bereitschaft zum freiwilligen Engagement (vgl. Begemann et al. 2011).*

Damit werden einige Fragen zur Auswirkungen der Internetnutzung auf traditionelle Beteiligungs- und Engagementformen Heranwachsender beantwortet und neue Nutzungsmöglichkeiten des Web 2.0 für Partizipation und Engagement aufgezeigt. Die Frage, in welchem Maße insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene diese neuen Möglichkeiten im Sinne politischer Beteiligung nutzen, bleibt aber weitgehend unbeantwortet. Es darf vermutet werden, dass beispielsweise Foren der politischen Debatte oder zur Unterstützung von Petitionen, Plattformen zur Unterstützung von Hilfsorganisationen und -angeboten sowie zum Fundraising oder auch netzgestützte Angebote zur Freiwilligengewinnung und -begleitung eher von erwachsenen Aktivisten als von Jugendlichen entwickelt und betrieben werden.

Für die Engagementforschung bedarf es deshalb zunächst einer grundsätzlichen Systematisierung von Forschungsansätzen rund um das Thema netzgestütztes politisches Engagement/politische Sozialisation Jugendlicher sowie weiter eines Überblicks über den aktuellen Forschungsstand zum mediengestützten Engagement (inklusive der wichtigen ausländischen Forschungsarbeiten) und zudem einer explorativen Annäherung an das Forschungsthema zur Gewinnung von Erkenntnissen (bzgl. der Methodik und konkreter Inhalte) für künftig zu entwickelnde empirische Studien zur politischen Partizipation junger Menschen im Web 2.0. Da sich die genuine Engagementforschung mit der politischen Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 bislang nur am Rande beschäftigt hat, sind vom Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund drei externen Sozial- und Medienwissenschaftler(inne)n mit Expertisen zur Annäherung an das Forschungsfeld beauftragt worden.<sup>(1)</sup> Auf Basis dieser Expertisen lassen sich eine Reihe interessanter und relevanter Fragestellungen entwickeln, denen es sich in zukünftigen Studien zur politischen Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 nachzugehen lohnt.

## Ausgewählte Befunde

Schmidt (2015) legt den Schwerpunkt seiner Betrachtung auf eine grundsätzliche Systematisierung der Bedeutung des Internets für politische Partizipation von Jugendlichen. Er unterscheidet zunächst zwei Verständnisse von Partizipation, die im Zusammenhang mit internet-basierter Teilhabe explizit oder implizit zum Einsatz kommen. Das weite Verständnis von Partizipation stellt alle Formen der Teilhabe an kollektiven Facetten der Lebenswelt in den Mittelpunkt. »Demnach gehören über politisches Handeln hinaus auch Aktivitäten in Sportvereinen, Tierschutzgruppen oder anderen formalen und informellen Vereinigungen zur gesellschaftlichen

Partizipation – nicht zuletzt, weil in solchen sozialen Gruppen Lern- und Sozialisationsprozesse stattfinden, die unter Umständen Individuen überhaupt erst zur politischen Partizipation im engeren Sinne befähigen« (Schmidt 2015, S. 13). Das engere Verständnis von Partizipation fokussiert hingegen explizit auf Teilhabe am politischen System, also auf Handlungen, die politische Entscheidungen beeinflussen. Der Zusammenhang mit Internet und Partizipation lässt sich in drei Varianten deuten: Teilhabe im Internet umfasst Partizipationsprozesse in den Kommunikationsräumen des Internets. Teilhabe mit Hilfe des Internets meint Partizipationsprozesse, in denen das Internet als Werkzeug genutzt wird. Teilhabe am Internet bezeichnet diejenigen Partizipationsprozesse, in denen die Gestaltung der Medientechnologien selbst Gegenstand ist. Damit plädiert Schmidt für eine stärkere Systematisierung der Forschung und vor allem für eine Verständigung auf gemeinsame Begriffe über die verschiedenen Forschungsdisziplinen hinaus.

Wagner et al. (2015) bereiten die relevanten deutsch- und englischsprachige Forschungsarbeiten der Jahre 2009 bis 2012 zu politischen Aktivitäten junger Menschen im Internet sekundäranalytisch auf. Sie geben einen Überblick und eine Einordnung von 39 einschlägigen Forschungsarbeiten aus dem genannten Zeitraum, welche mit ihren inhaltlichen Zielsetzungen ein breites Spektrum abbilden: Dieses reicht von allgemeinen Jugendstudien, die die Online-Aktivitäten Heranwachsender meist nicht in Zusammenhang mit Partizipation erfassen, bis hin zu expliziten Studien zur Sicht Jugendlicher auf (Online-)Partizipation. Hinsichtlich des in den Studien verwendeten Politikverständnisses kommen Wagner et al. zu dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte der Studien einen eher breit gefassten Politikbegriff hat, wonach politisches Handeln nicht nur in Form traditioneller und institutioneller Politikformen verstanden wird, sondern auch nicht-institutionalisierte Formen bürgerschaftlichen Engagements sowie Akteure außerhalb des politischen Systems dazugezählt werden. Ein Drittel der untersuchten Forschungsarbeiten expliziert den verwendeten Politikbegriff nicht konkret und nur sehr wenige Studien verwenden einen eher eng gefassten Politikbegriff und beziehen sich auf traditionelle, institutionalisierte Formen politischer Partizipation, wie z.B. Wahlen. Die Befunde der Forschungsarbeiten machen deutlich, dass das Social Web trotz seiner Möglichkeiten zur kreativen Gestaltung vorrangig rezeptiv genutzt wird, wobei die Sozialen Netzwerkdienste dabei eine Ausnahme bilden. Diese ermöglichen es grundsätzlich, dass Themen und Akteure Teil der Alltagswelt werden. Von den Jugendlichen selbst wird das Internet vor allem als Ausgangspunkt und Informationsquelle und weniger als Ort für politische Partizipation wahrgenommen (vgl. Fortunati 2011, Baringhorst et al. 2010). Der Offline-Partizipation wird im Vergleich zu Online-Partizipation insgesamt ein sehr viel höherer Stellenwert eingeräumt und eine größere Effektivität zugesprochen und die Online-Angebote werden von den Jugendlichen eher als Ergänzung zu Offline-Möglichkeiten gesehen. Studien zufolge, die politische Partizipation eher von der Angebotsseite aus beleuchten, existieren im Internet zwar viele Websites, die Heranwachsenden politischen Wissenserwerb ermöglichen, die Möglichkeiten sind allerdings häufig nach dem Top-Down-Prinzip strukturiert und die Autoren kommen im Anschluss an Buskquist (2010) zu dem Ergebnis, dass politische Websites Jugendlichen »längst nicht so viel Raum zur politischen Entfaltung bieten, wie es aus normativer Sicht erhofft wird« (Wagner et al. 2015, S. 49). In Bezug auf Partizipation bildet sich online außerdem

eine Kluft, die allerdings auch offline bereits existiert: »So nutzen zum Beispiel männliche, besser gebildete Jugendliche Online-Medien häufiger zu partizipativen Zwecken als Andere« (Wagner et al. 2015, S. 49).

Kutscher et al. (2015) verfolgen die Frage, ob – und wenn ja, wie – sich politische Beteiligungsaktivitäten von Jugendlichen im Internet vollziehen und was sich unter politischen Netzaktivitäten verstehen lässt. Auf der Basis von eigens für ihre Expertise geführten Gruppendiskussionen und Interviews mit Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus identifizieren die Autor/innen unterschiedliche Beteiligungsweisen und zwar online und offline. Die qualitativ-explorative Untersuchung liefert in erster Linie wichtige Hinweise für die methodische Umsetzung von Forschungsvorhaben in diesem Feld, z.B. für die Operationalisierung von Items und die Entwicklung von Messinstrumenten für mögliche standardisierte Befragungen. Auch eine Reihe von Themen und Fragestellungen für weitere Forschungsaktivitäten werden durch diesen Beitrag generiert.

## Perspektiven für die zukünftige Forschung

Mit Blick auf die große Bedeutung des Web 2.0 und vor allem der Sozialen Medien für die jugendliche Lebensgestaltung erscheint deren Rolle im Prozess der politischen Sozialisation Heranwachsender als bisher immer noch zu wenig beachtetes und verstärkt zu bearbeitendes Forschungsfeld. In Anbetracht der bisherigen Forschungsergebnisse lassen sich verschiedene Forschungsperspektiven beschreiben.

- *Politikbegriff klären:* Zu Beginn jeder künftigen Forschung muss eine klare Begriffsbildung stehen. Gerade, wenn es um die politischen Aktivitäten von Jugendlichen geht, spricht vieles für einen weiten Politikbegriff. Neben der Frage, ob ein weiter oder enger Politikbegriff zugrunde gelegt wird, muss man aber bei zukünftigen Untersuchungen auch genau klären, ob Frager und Befragter immer das Gleiche meinen, wenn sie von Politik sprechen, dies gilt insbesondere bei fragebogengestützten Studien mit Selbstauskünften der Jugendlichen. Stärker qualitativ und dialogisch ausgerichtete Studien scheinen hier geeigneter zu sein, um die Realität politischen Engagements Jugendlicher zu erfassen.
- *Wissen über Netzaktivisten vergrößern:* Es kann zunächst nicht davon ausgegangen werden, dass es sich bei Personen, die sich im Internet, mit dem Internet oder für das Internet engagieren, um Jugendliche handelt. Eher ist zu vermuten, dass sich hier Personen, die älter als 25 Jahre sind, engagieren und der Anteil Jugendlicher eher gering ist. Die Verwendung von Avataren und die mögliche Anonymität im Netz machen eine altersbezogene Einordnung und damit die Bestimmung der Rolle von Jugendlichen in solchen Engagementfeldern oft schwierig. Außerdem wäre genauer zu bestimmen, was mit »jugendlich« gemeint ist. So wäre eine Ausweitung des Jugendbegriffs auf Personkreise über 25 Jahre, nur weil ihnen jugendgemäßes Verhalten attestiert wird, aus wissenschaftlicher Sicht wenig sinnvoll.
- *Inhalte und Bereiche des Engagements genauer beschreiben:* Die bisherige Forschung hat gezeigt, dass sich traditionelles (politisches) Engagement oft nicht trennscharf von neuen internetgestützten Formen unterscheiden lässt. Oft wird das Web 2.0 nur als ein Mittel (bspw. der Öffentlichkeitsarbeit) im Rahmen ganz herkömmlichen Engagements genutzt. Durch eine genaue Beschreibung der Netzaktivitäten wäre zu identifizieren, ob und wo sich tatsächlich neue Möglichkeiten der Beteiligung ergeben und wo auch

Personengruppen stärker einbezogen werden können, die dem (politischen) Engagement bisher fern stehen.

- *Barrieren der Partizipation erfassen:* Der gezielte Blick auf Barrieren von Partizipation oder Fehlschläge von Partizipationsprojekten kann wohlmöglich erhellender sein als die bislang in der Partizipationsforschung bestehende Tendenz, auf positive Wirkungen oder Erfolge zu fokussieren. Hierzu wäre es wichtig, mehrere Fallstudien durchzuführen, die sich anschließend vergleichend analysieren lassen (vgl. Schmidt 2015, S. 34).
- *Soziale Ungleichheit berücksichtigen:* Partizipation, auch im traditionellen Sinne, setzt bestimmte Kompetenzen, Wissensbestände, Ressourcen und Gelegenheitsstrukturen voraus, die gesellschaftlich ungleich verteilt sind, so dass auch unter Jugendlichen Partizipation durch Strukturen sozialer Ungleichheit geprägt ist. Künftige Forschung muss sich also auch mit der Frage befassen, wie dieser »participatory divide« abzubauen ist und welche Rolle der Zugang über das Internet dabei spielen kann (vgl. Schmidt 2015, S. 34).

Dies ist nur eine Auswahl an Impulsen für eine künftige Forschung zur politischen Partizipation Jugendlicher im Web 2.0. Sie deuten an, dass wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Themenfeld komplexe Unternehmungen sind. Aber dennoch wird das Thema, eingebettet in andere Fragestellungen zur Veränderung der Jugendphase, seinen Stellenwert innerhalb der Jugendforschung behalten. Allein die Bedeutung des Internets für Heranwachsende ist ein ausreichendes Argument, um sich diesem Forschungsfeld weiter zu widmen.

## Anmerkungen

- (1) Die Expertisen in ihrer Gänze finden sich in der Publikation: Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V./Technische Universität Dortmund (Hrsg.) (2015): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0. Chancen, Grenzen und Herausforderungen, Dortmund. Diese steht unter <http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de> zum Download bereit.

## Literaturverzeichnis

Baringhorst, S./ Kneip, V./ März, A./ Niesyto, J. (Hrsg.) (2010): Unternehmenskritische Kampagnen. Politischer Protest im Zeichen digitaler Kommunikation. Wiesbaden.

Begemann, Maik-Carsten/Bröring, Manfred/Düx, Wiebken/Sass, Erich (2011): Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesellschaftliche Beteiligung und Engagement in Zeiten des Web 2.0, Dortmund.

[BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Jugend, Senioren und Sport (Hrsg.) (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin.

Buskqvist, U. (2010): Spectators, Visitors and Actors. Addressing Young Citizens in Politics Online. In: Olsson, T./ Dahlgren, P. (Hrsg.) (2010): Young People ICTs and Democracy. Theories, Policies, Identities and Websites. Göteborg. S. 193-210.

Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V./Technische Universität Dortmund (Hrsg.) (2015): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0. Chancen, Grenzen und Herausforderungen, Dortmund.

Fortunati, L. (2011): Online Participation and the New Media. In: Greif, H.; Hjorth, L.; Lasén, A.; Lobet-Maris, C. (Hrsg.) (2011): Cultures of Participation. Media practices, politics and literacy. Frankfurt a. M.: P. Lang. S. 19-34.

Gaiser, W./Krüger, W./de Rijke, J. (2013): Jugend und Politik. In: Rauschenbach, Th./Borrmann, S.: Herausforderungen des Jugendalters, Weinheim.

Gensicke, T.; Geiss, S. (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, München.

Hensel, A.; Klecha, S.; Schmitz, C. (2013): »Vernetzt euch – das ist die einzige Waffe, die man hat« – Internetprotokolle. In: Marg, S.; Geiges, L.; Butzlaff, F.; Walter, F. (Hrsg.) (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg. S. 267-300.

Kutscher, N./Ahrens, W./Franken, R./Niermann, K. M./ Leggewie, L./Vahnebruck, K. (2015): Politische Netzwerkaktivitäten junger Menschen. In: Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V., Technische Universität Dortmund (Hrsg.): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0. Chancen, Grenzen, Herausforderungen, Dortmund. S. 109-176.

Lange, Mirja und Karin Wehmeyer (2014): Jugendarbeit im Takt einer beschleunigten Gesellschaft. Veränderte Bedingungen des Heranwachsens als Herausforderung, Weinheim, Basel.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest. 2014. JIM-Studie 2014. Jugend, Information, (Multi-)Media. Stuttgart: Landesanstalt für Kommunikation.

Sarcinelli, U. (2012): Medien und Demokratie. In: Mörschel, T./Krell, C. (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden. S. 271-318.

Schmidt, J.-H. (2015): Politische Sozialisation und Partizipation von Jugendlichen im Internet. In: Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V., Technische Universität Dortmund (Hrsg.): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0. Chancen, Grenzen, Herausforderungen, Dortmund. S. 11-38.

Wolling, J. (2009): Onlinenutzung und Einstellungen zur Politik. Ergebnisse einer repräsentativen Panelstudie. In: Marcinkowski, F./Pfetsch, B. (Hrsg.) (2009): Politik in der Mediendemokratie. PVS, Sonderheft 42, S. 447-467.

---

## Autor/in

**Mirja Lange** (Dipl.-Soziologin), Jahrgang 1980, ist seit 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Dortmund im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Jugendforschung, Kinder- und Jugendarbeit, Freiwilliges Engagement, Personal, Ganztagschule.

**Erich Sass** (M.A.) ist Soziologe und wiss. Mitarbeiter im Forschungsverbund DJI/Technische Universität Dortmund mit den Forschungsschwerpunkten Freiwilliges Engagement, Bildung, Jugendarbeit, Jugendkulturen.

## Kontakt

Mirja Lange

Technische Universität Dortmund

Fakultät 12

Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V./

Technische Universität Dortmund

Vogelpothsweg 78

44227 Dortmund

Telefon: 0231/755-7841

Email: [mlange@fk12.tu-dortmund.de](mailto:mlange@fk12.tu-dortmund.de)

[www.forschungsverbund.tu-dortmund.de](http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de)

[www.bildungsbericht-ganztag.de](http://www.bildungsbericht-ganztag.de)

---

## Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)